

Landesdelegiertenkonferenz

21. November 2009

Umweltforum Jerusalemkirche

Lindenstraße 85, Berlin (Kreuzberg)

Eingereicht von:
Marianne Burkert-Eulitz
u.a.

Gegenstand:
Beschlussantrag

A-1

Grüne

Mut zur Bewegung

- Was wären wir ohne Woodstock, Brokdorf oder die Friedensbewegungen in Ost und West.
- 5 Bündnisgrüne Politik war und ist stets auch von außerparlamentarischen Bewegungen begleitet, beeinflusst und gestärkt worden. Wir verknüpfen unsere Parteiarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen „von unten“, mit BürgerInneninitiativen und lokalen Gruppen. So werden grüne Inhalte weiterentwickelt und in die Mitte der Gesellschaft getragen. Gerade jetzt wollen wir diese Auseinandersetzung stärken. Die Lage im 5-Parteiensystem stellt uns GRÜNE vor die Machtfrage und wird häufig auf Gegensätze wie Jamaika oder Rot-Rot-Grün verkürzt - dabei noch Inhalte und Glaubwürdigkeit zu vermitteln, ist kaum möglich. Das gute grüne Bundestagswahlergebnis wollen wir jenseits der Koalitionsfrage als Auftrag verstehen: Neue gesellschaftliche Themen, politische Anliegen, Auseinandersetzungen um zentrale Zukunftsthemen – dafür wollen wir GRÜNE
- 15 AnsprechpartnerIn sein – unabhängig von den nächsten Wahlen. Wir stehen vor einer doppelten Herausforderung: Gegen eine schwarz-gelbe Koalition im Bund, deren Signale für eine sozial kalte und umweltfeindliche Politik deutlich wahrzunehmen sind und eine vermeintlich linke rot-rote Landesregierung in Berlin, die an Konzeptlosigkeit und Ideenlosigkeit kaum zu überbieten ist. Bündnisgrüne Konzepte können wir offensiver in
- 20 Stellung bringen, je mehr sie in der Zivilgesellschaft verankert sind. So haben wir in jüngster Zeit erfolgreich unter Beweis gestellt, dass unsere politischen Inhalte über großen gesellschaftlichen Rückhalt verfügen, zuletzt im September auf der Straße gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg und für die Verteidigung von BürgerInnenrechten. Diese Zusammenarbeit ist bei anderen Themen für alle Beteiligten nicht immer einfach:
- 25 Squat Tempelhof etwa und die zeitgleiche Diskussion um die Grenzen zivilen Ungehorsams in den Medien haben uns Bündnisgrüne ganz schön ins Schwitzen gebracht. Auch der BürgerInnenentscheid zu MediaSpree hat gezeigt, dass BürgerInneninitiativen nicht immer automatisch auf Seiten der Grünen stehen. Gerade dann ist es elementar, offen für die Argumente der Anderen zu sein und in offenen, partizipativen Verfahren für unsere Inhalte
- 30 zu kämpfen. Bei MediaSpree hat ein eben solches Vorgehen die Vorzeichen der

Auseinandersetzung verändert, uns die Unterstützung der Menschen im Bezirk gegen die rot-rote Stadtentwicklungspolitik gewinnen lassen und Grün an den Urnen Zuwächse beschert. Wir wollen mit diesem Papier eine Diskussion anstoßen, wie wir mit etwas mehr Mut in diesen und vergleichbaren Situationen Politik noch besser gestalten und mehr bewegen können.

Tempelhof – Lehren aus der Mediendebatte

Nach dem Volksentscheid für die Schließung von Tempelhof war unsere Ausgangssituation gut. CDU und FDP haben mit der Positionierung für einen Geschäftsflughafen Politik an der Mehrheit der BerlinerInnen vorbei gemacht. Und in der Stadt wurde auch deutlich, dass wir Grünen diejenigen sind, die für die Öffnung und menschnahe Gestaltung des Geländes konkrete Vorstellungen haben, während der rot-rote Senat planlos herumstolpert. Wir sind diejenigen die mit der Initiative der Neuköllnkonferenz und dem Grundsatz, Ökologie und Soziales zusammen zu denken, einen Einstieg in ein nachhaltiges Nutzungskonzept aufgezeigt haben. Auch unsere Forderung nach einer sofortigen Öffnung des Geländes für die Öffentlichkeit, verbunden mit einer zeitnahen Nutzung für den Sport war eine gute bündnisgrüne Initiative.

In diesem Sinne war der Beschluss vom grünen Landesausschuss folgerichtig, die Initiative „Squat Tempelhof“ zu unterstützen und sie als Bündnispartner für unsere Forderungen zu begreifen. Gemeinsam friedlich für die sofortige Öffnung des Feldes zu streiten, sich mit den BerlinerInnen für ein nachhaltiges Gesamtkonzept und für dessen schnelle Umsetzung einzutreten, stärkt grüne Politik!

Leider fehlte uns im Angesicht der aufgeheizten Mediendebatte der Mut, die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements in den Vordergrund zu stellen. Als die Springerpresse anfang, mit „Squat Tempelhof“ und brennenden Autos zwei völlig unterschiedliche Sachverhalte in der Diskussion zu vermischen, hätten wir nur bei unseren Inhalten und Forderungen bleiben müssen. Als wir uns aber auf diese populistische Kampagne eingelassen haben, konnten wir nur noch verlieren und sahen uns unter unnötigen Rechtfertigungsdruck gesetzt. Aus der Defensive heraus konnten wir nicht glaubwürdig erklären, dass zivilgesellschaftliches Engagement für uns nur ohne Gewalt denkbar ist.

Mit dem vorauseilenden Nachgeben auf mögliche Kritik verschenken wir nicht nur die Chance, unsere Ziele offensiv zu vertreten. Wir zeigen auch fehlendes Selbstvertrauen in unsere Inhalte und unsere Fähigkeit, diese zu moderieren und umzusetzen. Wenn wir uns aus Angst vor gewaltbereiten Minderheiten aus Bewegungen und Demonstrationen zurückziehen, haben wir den Anspruch, unsere Ziele und die der Bewegungen zu vertreten, schon aufgegeben. Dass Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung unseren Anliegen schadet, ist für uns selbstverständlich. Wer immer das nicht begreift, muss damit rechnen, dass die Bewegung gespalten wird und viele UnterstützerInnen sich von dem guten Anliegen abwenden. Unser Ziel sollte es sein, friedliches Engagement zu stärken und Gewalttätern nicht das Feld zu überlassen.

Bei vielen breit organisierten Aktionen, wie den Castorprotesten und G8, haben wir oft bewiesen, dass wir mit friedlichem Protest weit kommen können und auch, dass wir mit der Grenzziehung zwischen zivilem Ungehorsam und Gewalt souverän umgehen. Nur wenn wir den Mut haben, trotz Zweifeln von Außen oder der Presse, den Protest auf die Straße zu tragen, bleiben wir authentisch und glaubwürdig, können wir mit unseren klaren Positionen, unseren Inhalten und unserer Gewaltfreiheit wirklich überzeugen.

Berlin in Bewegung – Herausforderungen heute

Berlin ist bunt, Berlin ist politisch und Berlin ist engagiert. Hier treffen Gegensätze früher und schneller aufeinander als anderswo und darum hat die BerlinerIn schon seit jeher eine starke

Stimme gebraucht, um sich im Lärm der Stadt Gehör zu verschaffen. Wenn es der BerlinerIn darum geht, sich für ihre Überzeugungen einzusetzen, werden die Unterschiede zwischen Charlottenburg und Neukölln, zwischen Lichtenberg und Spandau plötzlich sehr klein. So verschieden die Anliegen sein mögen, gemeinsam ist doch allen Menschen in unserer Stadt, dass sie engagiert und informiert für Ihre Belange kämpfen und von uns - der Politik - erst einmal eins erwarten: Ernst genommen zu werden. Ihr Anliegen soll bei uns auf offene Ohren und aufmerksame Augen stoßen.

Und häufig sind es ur-grüne Themen, die uns da aus der Stadt entgegen kommen, die oft unbequem sind und uns immer wieder herausfordern, eine eigene grüne Position zu finden:

90 **A 100**

Mehr "Grün" geht eigentlich gar nicht, als gegen eine überflüssige Autobahnplanung im Geiste der 1950er Jahre zu kämpfen, und dann auch noch gegen eine, die mitten in der Innenstadt endet, dort zu einer stärkeren Verkehrsbelastung führt und sogar den Transrapid als Milliardengrab noch in den Schatten stellen würde. Der Widerstand gegen die A 100 ist fast eine Lehrbuchgeschichte von ineinandergreifender Zusammenarbeit zwischen BürgerInneninitiativen vor Ort, großen Umweltschutzverbänden und engagierten Parteien. Wir haben sehr gut mit der BürgerInneninitiative Stadtring Süd (BISS) und dem BUND zusammengearbeitet, konnten in zahlreichen Demonstrationen und Aktionen die Interessen der Berlinerinnen und Berliner lautstark vertreten und sie zu aktivem Protest mobilisieren. Gemeinsam ist es uns gelungen, 2.500 Einwendungen gegen den Weiterbau bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einzureichen. Und selbst in der Berliner SPD regt sich der Protest mittlerweile. Dies ist unserem deutlichen und langanhaltendem Protest und dem gemeinsamen Engagement mit BISS und BUND im "Arbeitskreis A 100" zu verdanken. Im Ergebnis haben wir es nicht nur geschafft, den Autobahnbau zunächst einmal hinaus zu zögern und vielleicht sogar zu verhindern. Die Zusammenarbeit hat uns auch über das Thema hinaus neue Wege, Politik zu gestalten aufgezeigt, neue BündnispartnerInnen verschafft und unseren Ruf als engagierte Partei bei den Betroffenen gestärkt.

110 **Umweltbewegungen in der Stadt**

Bäume am Landwehrkanal und an der Spree, Straßenbäume in Pankow, der Wasserbewirtschaftungsplan der BWB, mehr Platz für FahrradfahrerInnen in der Stadt, alles Themen, zu denen sich in den letzten Jahren lautstark Bewegungen und Initiativen zu Wort gemeldet haben. Themen, die auch Inhalte und Triebfeder bündnisgrüner Politik sind. Da, wo wir es geschafft haben, uns an die Seite dieser Bewegungen zu stellen, durchaus auch mit kritischen Worten und eigenen Positionen, haben wir Erfolge gehabt: Das Wasser- und Schifffahrtsamt und sein Dienstherr im Bundesverkehrsministerium sind eingeknickt, Pankow wird täglich grüner, den BWB steht das Wasser bis zum Hals und Berlin hat zwar noch keine eigenen Fahrradspuren, aber Shared Space, Fahrradstraßen und mehr Aufstellflächen an Ampeln sind auch hier nichts Unbekanntes mehr.

Auch in Tempelhof-Schöneberg waren wir es, die den AnwohnerInnen bei der Gründung einer BürgerInneninitiative gegen das größtenwahnsinnige Gasometer-Projekt geholfen haben. Hier hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, das Engagement aus der Bevölkerung zu unterstützen, aber nicht zu dominieren. Heute arbeitet die BI selbständig, während die Grüne BVV-Fraktion das Thema parlamentarisch begleitet.

Kohlekraftwerk Klingenberg

Mit der Verhinderung des von Vattenfall geplanten Kohlekraftwerk-Neubaus in Lichtenberg haben wir Bündnisgrüne einen großen Erfolg verbucht. Doch dieser war nur durch das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure möglich.

Ohne den Einsatz der LichtenbergerInnen und bündnisgrüner AkteurInnen in der Bürgerinitiative wäre es nicht gelungen, die Menschen mitzunehmen und klar gegen den Senat zu positionieren. Ohne die Anstrengung, die CDU und FDP-Fraktionen mit ins Boot zu holen, wäre es deutlich schwerer gewesen die rot-rote Koalitionsmehrheit im
135 Abgeordnetenhaus unter Druck zu setzen und die mediale Öffentlichkeit auf unsere Seite zu ziehen.

Beides - die Arbeit vor Ort und im Parlament - hat uns in eine Situation gebracht, in der wir die Mehrheit der Stadt hinter uns hatten und die es Vattenfall unmöglich gemacht hat, die Planungen aufrecht zu erhalten ohne als unbelehrbarer Klimasünder dazustehen. Sicher hat
140 nicht jedeR anfangs an einen Erfolg - geschweige denn an einen so schnellen - unserer Kampagne geglaubt, aber aus diesem sollten wir Mut schöpfen!

Freiheit statt Angst

Meine Daten gehören mir und auch wenn Schilys Otto-Katalog unter Rot-Grün entstanden
145 ist, sind wir in der Debatte um Vorratsdatenspeicherung, biometrische Ausweise, Netzsperrern, Onlinedurchsuchungen und Lauschangriffe immer noch der parlamentarische Ansprechpartner für die Bewegungen. Obwohl wir nie aufgehört haben, für mehr BürgerInnenrechte zu streiten und uns selbstkritisch mit unseren Beschlüssen auseinander zu setzen sollten wir das Wahlergebnis der Piratenpartei als Glaubwürdigkeitsproblem begreifen.
150 Ein Rückblick zeigt, dass wir trotz unserer guten inhaltlichen Aufstellung in der Opposition den Zustrom der Piratenpartei nicht für uns gewinnen konnten. Es ist uns nicht gelungen, das Thema Datenschutz und den freien Zugang zu Kultur und Unterhaltung im Internet als unser ureigenstes Anliegen zu präsentieren. Auch ein widersprüchliches Abstimmungsverhalten im Bundestag steht nicht nur im Widerspruch zu Parteitagsbeschlüssen und kostet uns Vertrauen
155 in den Bewegungen – es schadet vor allem der Sache selbst! Wenn es Zweifel bei einzelnen Abgeordneten gibt, brauchen wir dafür ein Klima gegenseitigen Vertrauens und des offenen Dialogs. Klar ist, wenn manche aufgrund von Missverständnissen oder aus Sorge um die Außenwirkung unsere richtigen Forderungen aufgeben, schwächen wir damit die Position aller, die gegen Angst und für Freiheit kämpfen.
160 Die BürgerInnen- und Freiheitsrechte werden im Namen der Sicherheit unter schwarz-gelb noch weiter geschliffen. Gerade hier wird es auf eine konsequente, kompetente und lautstarke grüne Oppositionsarbeit im Bundestag und auf der Straße ankommen. Wir wollen Teil des breiten gesellschaftlichen Widerstandes auch jenseits der Großdemonstrationen
165 „Freiheit statt Angst“ sein. Dafür müssen wir mit den Bewegungen in regem Austausch bleiben, neue Themen immer wieder in die Öffentlichkeit bringen und vor allem glaubwürdig bleiben.

Gegen Rechts

Kein Fußbreit den Faschisten! Das ist nicht nur grüne Politik, das ist in weiten Teilen auch
170 gelebte Realität in einem multikulturellen Berlin. Wenn die Nazis mit Klamottenläden, Kneipen und Ähnlichem versuchen, in unseren Kiezen Fuß zu fassen und in den letzten Jahren zunehmend Andersdenkende und Menschen mit Migrationshintergrund angegriffen werden, dann brauchen wir dringend den Schulterschluss zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Mit einem reinen Nebeneinander von institutionellen und
175 zivilgesellschaftlichen Aktionen können wir weder Thor-Steinar-Läden, rechte Konzerte, noch Parteitage, geschweige denn das Ausbreiten rechtsextremistischer Einstellungen effektiv bekämpfen. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, werden erfolgreiche Aktionen durch Zivilgesellschaft und Politik getragen. Und trotz einzelner Aktionen von autonomen Gruppen ist unsere klare, gewaltfreie Position bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus weder
180 intern noch in der öffentlichen Wahrnehmung je in Frage gestellt worden.

Vielfalt statt Einfalt

Wir sind die Partei, die Gleichstellungspolitik immer noch als ihr Alleinstellungsmerkmal
185 begreift. Und der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb gibt uns Recht. Als herausragendes
gleichstellungspolitisches Ergebnis wird dort die Herdprämie ab 2013 festgeschrieben. So
sollen Frauen wieder vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Eine paritätische Beteiligung der
Geschlechter an den Entscheidungen der Zukunft muss anders gestaltet werden. Wir
190 verstanden und verstehen uns seit jeher als Anwältin der Geschlechter und der vielfältigen
Lebensentwürfe. Ob Mann, Frau oder Transgender, ob lesbisch, schwul oder intersexuell; wir
sind die Garantin für ein gleichberechtigtes Miteinander. Das zeigt sich auch an unserer
Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und NGOs, die sich gegen Diskriminierung und
für Gleichstellung einsetzen. Und das Aufgabenfeld in diesem Bereich ist leider immer noch
groß. Es geht darum, gemeinsam mit den Bewegungen Gesicht zu zeigen für ein tolerantes
195 Berlin – sei es auf dem Christopher Street Day oder bei einer der vielen Demonstrationen
aufgrund von Anfeindungen und Übergriffen.

Kita-Volksbegehren

Seit der von grüner Seite betriebenen Erleichterung von Volksbegehren und der Einführung
200 bezirklicher BürgerInnenentscheide hat die Berliner Bevölkerung von ihren neuen
Möglichkeiten fleißig Gebrauch gemacht. Neben dem offensichtlichen Bedarf zeigt die Praxis
in der Stadt: Direkte Demokratie bedeutet ein Mehr an Demokratie und tut damit
Demokratie insgesamt gut! Das gilt für Grüne natürlich auch dann, wenn sich Volksbegehren
gegen unsere Überzeugungen und Parteipositionen richten. Unser Umgang mit den
205 Volksbegehren zu „Pro Reli“ und „Tempelhof als Verkehrsflughafen“ hat gezeigt: Anders als
der Senat setzen wir auf Dialog und Fairplay. Und anders als Union und FDP nutzen wir
Volksbegehren nicht, um Fundamentalopposition um ihrer selbst willen zu machen.
Entscheidend ist für uns der demokratische Prozess als meinungsbildende Debatte im
politischen Raum und die Möglichkeit für BürgerInnen, Entscheidungen nicht nur
herbeizuführen sondern auch selbst zu fällen. Gleichzeitig wurde mit dem Instrumentarium
210 der Begehren und Entscheide ein Raum geschaffen, in dem sich Bewegungen und Initiativen
und die etablierte Parteienpolitik auf Augenhöhe begegnen.
Als einen besonders großen Erfolg bewerten wir dabei das Volksbegehren vom
Landesausschuss Kita "KitaKinder + Bildung von Anfang an = Gewinn für Berlin". Als Grüne
teilen wir die Forderungen vom Kitabündnis nach einer besseren Ausstattung und Qualität
215 der Einrichtungen und haben das Volksbegehren von Anfang an politisch wie organisatorisch
auf Landes- und Bezirksebene unterstützt. Das Landesverfassungsgerichtsurteil bedeutet –
ebenso wie dessen Spruch zum Volksbegehren vom Berliner Wassertisch – eine doppelte
Klatsche für den Senat. Die juristische Niederlage ist zugleich eine politische: Rot-Rot ist nicht
nur damit gescheitert, direktdemokratische Mitsprache einzuschränken sondern auch mit
220 dem Versuch, Politik an den Bedürfnissen und Interessen der BerlinerInnen vorbei zu machen.
Umgekehrt zeigt das Beispiel, wie es gelingen kann, grünen Positionen zum politischen
Durchbruch zu verhelfen, und zwar auch dann, wenn uns dafür auf parlamentarischer Ebene
die Mehrheiten fehlen. Dank dem Kita-Volksbegehren ist neben unserer Oppositionsarbeit im
Abgeordnetenhaus ein politischer Handlungsdruck auf die Regierenden entstanden, der
225 ihnen ein „weiter so“ unmöglich macht und Rot-Rot zum Umdenken zwingt.

Gemeinsam sind wir stark!

Auf allen Ebenen unseres politischen Engagements - sei es beim bundesweiten Kampf gegen
Atomkraft oder beim lokalen Einsatz für bessere Schulen oder die Verhinderung unsinniger
230 Bauvorhaben - war es von jeher unsere Stärke, dass wir offene Augen und Ohren für die

Interessen unserer MitbürgerInnen und die Anliegen von Initiativen und Bewegungen hatten. Die Geschichte unserer Partei spiegelt auch die Geschichte der Bewegungen wider, aus denen wir hervorgegangen sind: Die Umweltbewegung, die Friedensbewegung, die Frauenbewegung und die DDR-Bürgerrechtsbewegung.

235 Der Dialog und stetige thematische Austausch mit Nichtregierungsorganisationen sowie lokalen und überregionalen Initiativen bereichert beide Seiten und verdeutlicht die Wichtigkeit unserer gemeinsamen Ziele. Gemeinsam können wir mehr bewegen, für unsere gemeinsamen Positionen in der Öffentlichkeit mehr Gehör finden und auch einen größeren Handlungsdruck auf die anderen Parteien ausüben, überkommene Positionen aufzugeben

240 und nachhaltigere Lösungen zu finden. Gemeinsam gelingt es uns auch besser, andere für unsere Ziele und Lösungsvorschläge zu begeistern und dazu zu bewegen, aktiv zu werden und für ihre Überzeugungen lautstark einzutreten.

245 Auf der Bundesebene haben wir bewiesen, was wir als Partei durch ein wenig Mut gewinnen können. Mit Sven Giegold und Barbara Lochbihler haben wir Akteure aus den sozialen Bewegungen für die inhaltliche Weiterentwicklung der Partei gewonnen. Der personelle Austausch zwischen unserer Partei und den verschiedensten Bewegungen hat beiden Seiten nicht nur Kompetenz- und Erfahrungsgewinne gebracht, sondern auch die inhaltliche Abstimmung bedeutend beschleunigt und ein klares Signal gegen die Verkrustung von

250 Parteistrukturen und eindimensionale Karrierewege gesendet.

Zusammenarbeiten, nicht vereinnahmen

Wir suchen gezielt die konstruktive Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen, die bündnisgrüne Ziele teilen. Das kann nur funktionieren, wenn wir unsere unterschiedlichen Rollen akzeptieren. Bewegungen sind nicht unser außerparlamentarischer Ableger, sondern im besten Fall Bündnispartner, mit denen es fair und auf Augenhöhe umzugehen gilt. Sie sind zudem Partner, von denen auch wir dazu lernen können, denn sie sind es häufig, welche lange und intensiv an Themenkomplexen arbeiten und die auch unsere Arbeit mit ihrem Wissen, ihrem Sachverständnis und Expertise bereichern können.

260 Damit können wir uns auch von anderen Parteien positiv abgrenzen. Versuchen wir dagegen, sie zu vereinnahmen, verspielen wir ihre Sympathie. In politischer Verantwortung werden wir daneben immer wieder gezwungen sein, Kompromisse zu schließen, die vielen außerparlamentarischen Bewegungen nicht weit genug gehen. Es ist ihr gutes Recht und ihre ureigene Aufgabe, solche Kompromisse zu kritisieren. Es hilft nicht weiter, hierauf mit Unverständnis oder Arroganz zu reagieren. Stattdessen wollen wir bewegungsgrüne Ansätze stärken und ausbauen und Stück für Stück verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

In Bewegung bleiben!

270 Grüne Politik lebt von der lebendigen Auseinandersetzung mit Interessengruppen, Initiativen und engagierten MitbürgerInnen. Es war immer unsere Stärke, nicht nur auf Parlamente und Medien zu schießen und die Partei als eine Kaderschmiede der Fraktion zu begreifen, sondern auch dort vor Ort zu sein, wo Menschen ihr Umfeld selbst gestalten und versuchen, im Großen wie im Kleinen die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Bündnis 90/Die Grünen sind AnsprechpartnerIn für alle diese engagierten Menschen, wir suchen den Dialog und unterstützen in den Berliner Bezirken, im Land und auf Bundesebene alle Initiativen, die mit unseren Zielen und Visionen im Einklang stehen.

275 Viele der alten Klischees über uns haben noch nie gestimmt: Wir sind keine PhantastInnen, die auf Parteitag alle stricken, Müsli essen und von großen Utopien träumen. Eines aber sind wir schon immer gewesen und sind es heute noch: bunt, vielfältig, leidenschaftlich und unruhig! Und damit müssen und dürfen wir uns nicht verstecken, denn die Menschen wählen

280

uns genau deswegen: Weil wir kreative Ideen und innovative Konzepte haben, die es für die Bewältigung der alten und neuen gesellschaftliche Herausforderungen braucht! Wir sind diejenigen, die mit den Bewegungen immer wieder in einen ehrlichen Dialog auf Augenhöhe eintreten, um gemeinsam stark zu sein für unsere Überzeugungen.

285 Bis zur Abgeordnetenhauswahl 2011, aber auch darüber hinaus gilt es jetzt nicht nur, die BerlinerInnen von grünen Positionen zu überzeugen, sondern vor allem auch aufmerksam zu sein, zuzuhören und präsent zu sein, wenn Menschen zusammenkommen und politisch aktiv werden. Das ist nicht immer bequem und wird nicht immer grünen Positionen entsprechen, sondern auch zu kritischen Auseinandersetzungen führen. Aber die Erfahrung zeigt: Wir sind

290 umso erfolgreicher, je mehr es uns gelingt Teil des zivilgesellschaftlichen Engagements zu sein. So wird klar: Das Verhindern von Naziaufmärschen, die Auseinandersetzung um eine behutsame Stadterneuerung ohne gigantomanische Bauprojekte, die Qualität von Schulen und Bildung oder eine klimafreundliche, atomkraftfreie Energieversorgung sind für uns keine abstrakten Wahlkampfthemen, sondern unsere ureigensten Anliegen. Und noch erfolgreicher

295 können wir sein, wenn wir neue Themen wie Gentrification und den Kampf um öffentliche Räume, ein demokratisches Internet für Alle und die neue Verbrauchermacht noch schneller als Aktionsfelder verstehen, uns mit den AkteurInnen vernetzen, ihr Engagement ernst nehmen und selber Position beziehen.

Es geht darum, als Partei auch in Zukunft lebendig zu bleiben, am Puls der Zeit und immer in

300 Bewegung. Dafür steht GRÜN!

AntragstellerInnen:

Jochen Biedermann, KV Neukölln
Clara Herrmann, KV Friedrichshain-Kreuzberg

305 Boris Jarosch, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Benedikt Lux, KV Steglitz-Zehlendorf
Daniel Wesener, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Christine Wübbena, KV Tempelhof-Schöneberg
Stefan Ziller, KV Marzahn-Hellersdorf

310 Gesine Agena, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Dirk Behrendt, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Meike Berg, Grüne Jugend Berlin
Max Bracke, KV Marzahn-Hellersdorf
Marianne Burkert-Eulitz, KV Friedrichshain-Kreuzberg

315 Jörg Hopfgarten, KV Tempelhof-Schöneberg
Anja Kofbinger, KV Neukölln
Editha Masberg, KV Marzahn-Hellersdorf
Melanie Müller, LAG Frieden und Internationales
Lisa Paus, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

320 Cathrin Ramelow, LAG QueerGrün
Vicky Rappold, Grüne Jugend Berlin
Anja Schillhaneck, KV Mitte
Katrin Schmidberger, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Hanna Schumacher, KV Neukölln

325 Matthias Schüssler, KV Pankow
Micha Wendt, KV Neukölln